

## Politisieren Krisen?

### Versuch einer Momentaufnahme von Wirkungen der Parteispendenaffäre unter Jugendlichen

*Gerd Steffens*

„Die Geschichte der Jugendforschung erweist sich bei einer ersten kritischen Inspektion ihrer Ergebnisse als eine Geschichte von Fehlprognosen“. Arthur Fischer, seit 1981 mitverantwortlich für die Shell-Jugendstudie, das nahezu offiziöse Organ der Jugendbefindlichkeit, eröffnet mit diesem Satz eine selbstkritische Reflexion über den Stand der Jugendforschung.<sup>1</sup>

Fischer führt den Mangel an Prognosefähigkeit vor allem auf die interesegeleiteten Perspektiven von Erwachsenen zurück, aus denen Jugendforschung betrieben und rezipiert wird. Deshalb plädiert er für eine „Rückgabe der Definitionsmacht von den Wissenschaftlern an die Jugendlichen selbst“, denn „handlungssteuernd für das Verhalten von Jugendlichen“ sei „ihre eigene Erlebniswelt und nicht die Welt der objektiven Daten, wie die Erwachsenen sie zu verstehen glauben“.<sup>2</sup> Dementsprechend betont auch die im Frühjahr 2000 erschienene und von Fischer mitverantwortete 13. Shell-Studie, sie wolle „nicht die Fragen der Gesellschaft an die Jugend stellen, sondern den Sichtweisen der Jugendlichen selbst folgen“.<sup>3</sup>

Ob unter dieser methodischen Prämisse die Jugendforschung der sechziger Jahre, von Fischer als das markanteste Beispiel der Prognoseunfähigkeit hervorgehoben, die Entwicklung unter den Jugendlichen richtiger gedeutet und die Revolte von Achtundsechzig vorhergesehen hätte? Man darf daran nicht nur in Erinnerung an z.T. krasse Selbstmißverständnisse damaliger Jugendlicher zweifeln, sondern vor allem deswegen, weil der Politisierungsschub der sechziger Jahre keineswegs aus der „Erlebniswelt“ der damaligen Jugendlichen entsprang und aus ihr daher auch nicht überzeugend erklärt werden kann. Das Neue, das Unerhörte bestand ja gerade darin, daß die Horizonte der „Erlebniswelten“ aufgesprengt, die Perspektiven jugendlicher Lebenswelten dezentriert wurden. Auch eine meisterhafte Einfühlung in jugendliche „Erlebniswelten“ hätte deshalb die damalige Jugendforschung kaum schlauer gemacht. Denn offenbar hat sich zunächst weniger der Blick auf sich selbst als der jugendliche Blick auf die Welt geändert, und diese Veränderung der Sichtweisen hatte mit Ereignissen zu tun, die sich völlig außerhalb jugendlicher Lebenswelten abspielten, sei es der Eichmann-Prozeß oder der Kennedy-Mord, die Kuba-Krise oder die Spiegel-Affäre, der Vietnam-Krieg oder der Sieben-Tage-Krieg. Bei diesen Ereignissen handelte es sich aus der Perspektive von Jugendlichen um Krisen der Weltordnung der Erwachsenen, die deren Selbstverständ-

lichkeit in Frage stellten und in denen der Schleier der Legitimität, der über den Dingen lag, aufriß.

Wenn die Politisierungsschübe der sechziger Jahre aber viel eher durch krisenhafte Delegitimierungen der erwachsenen Weltordnung als durch Veränderungen jugendlicher Innenwelten bewirkt waren, dann mochte es nun auf dem Höhepunkt der Parteispenden-Affäre der CDU reizvoll erscheinen, nach der Wirkung dieses Ereignisses auf heutige Jugendliche zu fragen.

Die Geständnisse der hessischen CDU-Führung hatten gerade die Planmäßigkeit der Gesetzesverstöße bewiesen und die fortdauernde Weigerung des ehemaligen Bundeskanzlers, den Publizitätsvorschriften von Grundgesetz und Parteiengesetz zu folgen und die Namen von Großspendern zu nennen, mußte wie eine provokatorische Leugnung des rechtsstaatlichen Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz wirken. Im Zentrum hoher und nachhaltiger medialer Aufmerksamkeit entfaltete sich eine Krise, in der die Beziehung zwischen Bürgern und der in den Parteien organisierten politischen Klasse das eigentliche Thema bildete und die Legitimität der Parteien als kollektive Mandatare der Volkssouveränität erheblich in Zweifel geriet.

Angesichts dieser Krise von offenkundig delegitimierender Qualität interessierte mich, wie Heranwachsende die Vorgänge aufgenommen haben, ob durch sie eher Politisierungs- oder Entfremdungseffekte ausgelöst wurden oder die Jugendlichen davon unberührt blieben. Dazu wollte ich Aufschluß zu folgenden Fragen und Aspekten gewinnen:

- Erregt der Spendenskandal Aufmerksamkeit auch unter Heranwachsenden?
- Was an Informationen aus der dichten medialen Berichterstattung ist bei ihnen angekommen?
- Ist es so viel, daß sich daraus Bilder, Vorstellungen des Geschehens ergeben oder handelt es sich um Bruchstücke, mit denen sie nichts anfangen können?
- Bewerten die Heranwachsenden das Geschehen? Mit welchen Maßstäben?
- Was erwarten sie, was trauen sie den Akteuren zu?
- Regt der Skandal sie auf?
- Empfinden sie ihn als Krise ihrer eigenen politischen Lebensbedingungen?
- Wächst ihr Interesse an Politik? Ziehen sie Folgerungen oder wollen sie Konsequenzen gezogen sehen?

Ich bin dem mit einem ad hoc entworfenen Fragebogen in sieben Schulklassen an einem Schulvormittag, am Montag, dem 24.1.2000, nachgegangen. Für eine solche Momentaufnahme, die eine methodisch gesicherte Repräsentativität nicht erstreben kann, ist der Zufall der Zugänglichkeit das durchschlagende Auswahlprinzip. Die sich daraus ergebenden Mängel wie die Ortsgebundenheit und das Übergewicht gymnasialer Klassen mußten hingenommen werden, wenn nicht der Charakter der Befragung als einer ereignisbezogenen Momentaufnahme verloren gehen sollte. Ort der Befragung waren zwei Schulen im südlichen Rhein-Main-Gebiet, ein städtisches Gymnasium, in dem eine 10. und eine 11. Klasse befragt wurden, und eine ländliche kooperative Gesamtschule, in der eine 8. Hauptschulklasse, aus dem 9. Schuljahr eine Realschulklasse und eine gymnasiale Klasse sowie eine 10. und eine 11. gymnasiale Klasse befragt wurden.

Tab. 1: Die Befragten nach Jahrgangsklassen und Geschlecht

	8 H	9 R	9 G	10 G	11 G1	11 G2	ges.
männl.	8	13	15	6	9	9	60
weibl.	4	16	10	19	9	7	65
ohne Ang.				1			1
ges.	12	29	25	25	18	16	126

Tab. 2: Die Befragten nach Alter

Alter	Anzahl	Prozent
13	4	3,2
14	24	19,0
15	38	30,2
16	31	24,6
17	21	16,7
18	7	5,5
19	1	0,8
	126	100

Da der Anlage der Befragung nach eine statistisch gesicherte Repräsentativität nicht beabsichtigt sein konnte, gelten ihre Ergebnisse strenggenommen nur für diese spezifische Gruppe und ihre Untereinheiten, die Klassen. Es ist ja auch der Sinn dieses Typs von didaktisch inspirierter, pragmatisch angelegter Befragung, Ergebnisse für die fachliche und pädagogische Arbeit mit konkreten Gruppen zu bringen. So gesehen kann die folgende Auswertung als ein zur Diskussion gestelltes Beispiel gelesen werden, wie politische Wahrnehmung in jugendlichen Horizonten im Hinblick auf Unterricht erschlossen werden könnte. Da aber die grundlegende Fragestellung – politisieren Krisen? – und ihre Auffächerung von ebenso allgemeiner Bedeutung sind wie der markante Vorgang, der sie auslöste, konnten von der Befragung – betrachtet man sie als Fallstudie – auch Anstöße zu weitergehender Hypothesenbildung erhofft werden.

Im Folgenden werden die Antworten der Jugendlichen unter vier Gesichtspunkten ausgewertet: Assoziationsfeld Geld und Politik (1), Informationsstand zur Spendenaffäre der CDU (2), Bewertung und Erwartungen (3) sowie Veränderungsimpulse und Handlungsbereitschaft (4). Dabei erzwingt die Eigenart des Ereignisses dem Kap. 2 (Informationsstand) einen größeren räumlichen Anteil, weil angesichts einer Affäre, zu deren Natur systematisches Verbergen und Verdunkeln von Informationen gehört, Überlegungen notwendig sind, wie unter dieser Bedingung Nichteingeweihte, also die Öffentlichkeit einschließlich der Jugendlichen, überhaupt mit dem Anspruch auf Wahrheit reden können.

## 1. Assoziationsfeld

### „Was fällt Dir zum Thema ‚Geld und Politik‘ ein?“

Die einleitende Frage sollte die Schwelle der Äußerungsmöglichkeit niedrig halten und zugleich einen weithin akzeptierten, aber schwach konturierten Horizont der Deutung anbieten. Der Widerhaken der Frage liegt darin, daß die provozierten Antworten, auch wo sie ressentimenthaft sind, sich auf die Verletzung von Grenzziehungen beziehen, die für demokratische und rechtsstaatliche Politik historisch und systematisch konstitutiv sind. Ob es um die (schließlich demokratische) Kontrolle staatlicher Einnahmen durch

die Steuerzahler selbst geht oder um die Neutralisierung von Vermögen bei Wahlen („one man – one vote“) und im staatlichen Handeln durch institutionelle und rechtsstaatliche Sicherungen der Gleichheit vor dem Gesetz: eine der Grenzen, an denen sich grundlegende Auseinandersetzungen um Demokratie abspielen, ist das Transferverbot von „Geld“ in „Politik“.

Höchstens 5 Stichworte sollten notiert werden. Gar nichts eingefallen ist lediglich 9 von 126 Antwortenden, 5 Stichworte hingegen nennen 50, also nahezu 40%. Auch daß im Durchschnitt mehr als 3 Stichworte (3,2) genannt wurden, weist eher auf Äußerungsbereitschaft und eine gewisse Assoziationsdichte hin. Bemerkenswert ist, daß das Alter dabei keine ausschlaggebende Rolle spielt. Die beiden Gruppen mit den höchsten Antwortdichten (jeweils 4,1 Stichworte) liegen im Altersdurchschnitt mehr als zwei Jahre auseinander (9 G (mit 14,5 J.) und 11 G2 (mit 16,6 J.)).

Hinsichtlich Häufigkeit und Verteilung der assoziierten Begriffe fallen Variationsbreite und Art der Fokussierung auf.

Tab. 3: Häufigkeit und Verteilung der Begriffe

Klasse	Anteil der nur einmal genannten Stichworte an allen Nennungen	Meistgenannte Begriffe	Anteil der Schüler, die diesen Begriff gebrauchten
8 H	71%	„Schwarzgeld“	58%
9 R	61%	„Kohl“	38%
9 G	64%	„Kohl“	36%
10 G	61%	„Kohl“	23%
11 G1	67%	„Spenden“	44%
11 G2	63%	„Spenden“	62%

Daß nur einmal genannte Begriffe in allen Klassen einen Anteil von etwa zwei Dritteln der Stichworte haben, weist auf eine hohe Variationsbreite hin. Sie könnte der Offenheit der Fragestellung zugeschrieben werden, überrascht aber angesichts der vollständigen Konzentration der öffentlichen Diskussion auf den Spendenskandal der CDU. Nachdem diese Affäre über Wochen einen nahezu monopolartigen Spitzenplatz unter den öffentlichen Themen hatte, wäre eigentlich eine starke Konzentration der Assoziationen auf die begrifflichen Kennmarken dieses Vorgangs zu erwarten gewesen. Mit Ausnahme von zwei Spitzenwerten („Schwarzgeld“ wird von 58% der Schüler der 8 H, „Spenden“ von 62% der Schüler der 11 G2 genannt) erscheinen aber selbst die meist genannten Begriffe nur in ein bis zwei Fünfteln (23% – 44%) der jeweiligen Antworten. Läßt sich dieses erklärungsbedürftige Phänomen – überwiegend schwache Fokussierung der Assoziationen bei starker Fokussierung der medialen Thematisierung – aus einer Untersuchung der genannten Begriffe weiter erhellen? Ist es eher ein Hinweis auf diffuse oder auf differenzierte Vorstellungen?

Die Assoziationen lassen sich relativ zwanglos in drei Gruppen ordnen: die konkreten, auf die Affäre selbst bezogenen Bezeichnungen (1) – Begriffe, die Aspekte der Affäre verallgemeinern und als generelles Problem von politischen Verkehrsformen bezeichnen (2) – Begriffe, die andere Beziehungen von „Geld“ und „Politik“ thematisieren, insbesondere den Umgang mit „öffentlichen“ Geldern (3).

Tab. 4: Gruppierung der Assoziationen

Antworttypus	(1)	(2)	(3)
Anteile	38%	22%	40%

Typische Begriffe sind (1): Spenden, Schwarzgeld, Kohl, CDU; (2): Bestechung/Bestechlichkeit, Vertrauen/Mißtrauen, Konkurrenz, Parteien; (3): Wirtschaft, Haushalt, Steuergelder, Ökosteuer, Rentenreform.

Natürlich „beweist“ das „ausgewogene“ Bild, welches der problemlos erfolgreiche Versuch einer Zuordnung der Assoziationen zu unterschiedlichen Abstraktionsniveaus hervorbringt, keineswegs, daß die Heranwachsenden eher ein differenzierungsfähiges als diffuses Bild von den Beziehungen von „Geld“ und „Politik“ haben. Aber offensichtlich fällt Jugendlichen zum Thema „Geld und Politik“ nicht nur nicht wenig, sondern auch kategorial Unterscheidbares und Sinnvolles ein. Die Zuordnung der Assoziationen zu kategorial unterschiedenen Begriffsfeldern zeigt jedenfalls, daß die Heranwachsenden keineswegs auf die konkrete Ebene des Skandals fixiert sind, sondern daneben verallgemeinernde Begriffe bilden und zugleich Politikfelder benennen können, die für sie jenseits des Ereignisses unter dem Aspekt „Geld und Politik“ relevant sind (z.B. Ökosteuer, Rentenreform).

## 2. Informationsstand

„Kannst Du (in höchstens drei Sätzen) sagen, um was es gegenwärtig in der CDU geht?“

Die Frage sollte Anstoß zur Äußerung sein und die Antwort möglichst wenig präformieren. Dazu mußte das Ereignis hinreichend präzise und unverwechselbar benannt („gegenwärtig in der CDU“), aber für eigene Auswahl, Schwerpunktsetzungen und Deutungen offen gelassen werden („um was es ... geht“). Die Antwort sollte diesmal nicht stichwortartig, sondern satzförmig gegeben werden, was weitgehend beachtet wurde. Die grammatische Geschlossenheit von Sätzen verlangt deutlichere Entscheidungen über Aussageabsicht und gemeinten Sinn als unverbindliche Stichwörter. Dennoch ist die Satzform in der Spannbreite zwischen einfachen und komplexen Satzgebilden außerordentlich elastisch und läßt entsprechende Unterschiede in Informations- und Deutungsdichte zu. Diese Unterschiede lassen sich für die Auswertung am besten durch die Zahl der auf die Sätze verwendeten Wörter dokumentieren.

Vom Antworttypus her lassen sich unterscheiden: Fehlanzeigen (0 Wörter), einige Stichwörter (1-5), an die Frage anschließender unvollständiger Satz (in der Regel bis zu 10 Wörter), satzförmige Antworten in unterschiedlicher Komplexität.

Tab. 5: Antworten nach Anzahl der Worte

Anzahl der Worte	Anzahl der Fälle	Prozent
0	14	11,1
1-5	21	16,7
6-10	22	17,5
11-15	14	11,1
16-20	22	17,5
21-30	18	14,3
31-40	10	7,9
Mehr als 40	5	4,2
	126	100

Tab. 6: Worte im Durchschnitt

Klassen	8 H	9 R	9 G	10 G	11 G1	11 G2
Durchschnittliche Zahl der gebrauchten Worte	4,8	9,7	15,1	16,0	18,6	20,4

Während bei den durch Frage 1 abgerufenen Assoziationen zu „Geld und Politik“ das Alter keine Rolle zu spielen schien, zeigen sich in Umfang und Informationsdichte der Antworten auf Frage 2, in denen es um die satzförmige Verknüpfung von Information und Erklärung geht, deutliche Unterschiede.

Die Zahl der durchschnittlich verwendeten Wörter steigt mit den Schuljahren stufenförmig an (Tab. 6). Von den 14 Jugendlichen, die zu der Frage nichts zu sagen hatten (Tab. 5), gehören, wie eine Auszählung nach Klassen zeigt, 11 dem 8. und 9. Schuljahr an, während von den 60 Jugendlichen der (gymnasialen) Klassen 10 und 11 hier lediglich 3 „passen“. Deutlich fällt, wie ein Vergleich von 9 R und 9 G in Tab. 6 zeigt, neben dem Alter die Variable „Bildungsgang“ oder „Schulform“ ins Gewicht.

Die Feststellung von Differenzierungsgewinnen nach Alter und Bildungsgang mag trivial erscheinen; vor dem Hintergrund einer weithin befürchteten und etwa durch die Shell-Jugendstudie bestätigten Zunahme von jugendlichem Desinteresse an Politik gewinnt sie jedoch eine andere Bedeutung. Offensichtlich hat – jedenfalls bei diesen Jugendlichen – politisches Desinteresse noch nicht zu einer solchen Wahrnehmungsresistenz geführt, daß die „kritische Masse“ für strukturierte und erweiterungsfähige Wahrnehmung und synthetisierende Bearbeitung schließlich unterschritten würde. Daß die für eine spontane Befragung zufällig, nach Befragungsgeliegenheit ausgewählten Jugendlichen zwischen 13 und 19, Hauptschule wie Gymnasium, von wenigen Ausnahmen abgesehen sich ad hoc zu den in Frage stehenden Vorgängen verständig äußern konnten, verdient vor diesem Hintergrund zunächst hervorgehoben zu werden.

Doch was heißt „verständig“ und wie läßt der „verständige“ Charakter der Äußerungen sich im Rahmen dieser Auswertung nachweisen? Über die bereits angeführten Indizien hinaus kann dies nur durch die Analyse beispielhafter, als „typisch“ begründbarer Äußerungen geschehen. Zu diesem Zweck lassen sich, ausgehend von den in den Beschreibungen des Antwortbestandes vorgenommenen Kennzeichnungen, Gruppen von Antworten zunehmender Komplexität bilden.

### 1. Stichwortartige Antworten

- 1.1 Bestechung, Betrug, Schwarzgeld (8 H)
- 1.2 Christlich Demokratische Union, Schwarze Kassen (9 G)
- 1.3 Spendengelder, die von Kohl hinterzogen wurden, Vertuschung (10 G)

### 2. Fragmentarische, meist an die Frage anschließende Sätze

- 2.1 Daß es geheime Geldkonten gibt (8 H)
- 2.2 Um die Spendenaffäre (9 R)
- 2.3 Annahme von Spenden innerhalb der CDU, ohne diese öffentlich darzulegen (11 G2)

### 3. Satz förmige Antworten geringerer Komplexität (bis zu 20 Wörtern)

- 3.1 Es werden viele an der Nase herumgeführt. Es wird viel mit Schwarzgeld verarbeitet. Viele werden betrogen (8 H)
- 3.2 Um schwarze Geldgeschäfte. Kohl will keine Spenden nehmen. In Hessen sind auch Sachen entdeckt worden. (9 R)
- 3.3 Die CDU hat Gelder (Spenden) illegal auf ein schwarzes Konto in der Schweiz überwiesen. Und gegen das Parteiengesetz verstoßen (9 G)

- 3.4 Die CDU hat Spenden angenommen und sie nicht öffentlich gemacht, was ein Verstoß gegen Parteien- und Grundgesetz ist. (11 G2)
4. *Satzförmige Antworten höherer Komplexität (mehr als 20 Wörter)*
- 4.1 In der CDU geht es gegenwärtig um Spendengelder. Selbst große Politiker wie H. Kohl werden beschuldigt, Spendengelder genommen zu haben. Kohl aber hat sich bis jetzt nicht dazu geäußert. (9 R)
- 4.2 Die CDU ist in einer Spendenaffäre. Sie haben von Elf Schmiergelder angenommen. Helmut Kohl weigert sich, die anonymen Spender zu nennen (9 G).
- 4.3 H. Kohl soll Anderkonten angelegt haben, auf denen Schwarzgeld lagert, mit ungewisser Herkunft. Das Geld soll „gewaschen“ worden sein. Das Geld soll auf Konten im Ausland gelagert worden sein. (10 G)
- 4.4 Die CDU hat in den frühen 90er Jahren und im letzten Jahr Spenden erhalten. Diese Spenden werden im Finanzbericht der CDU nicht erwähnt (mehrere Mio. DM). Nun wird geprüft, ob diese Gelder zu einer Manipulation von Entscheidungen geführt haben, von wem die Gelder stammten und wer sie an sich genommen hat. (11 G2)
- 4.5 Um die „Spendenaffäre“. Kohl, Schäuble und Kanther... (Auslassungszeichen im Original) haben hier und da etwas Geld oder „Spenden“ erhalten – wohl gemerkt, es war nicht legal – und diese Leute führen sich auf wie Halbgötter, haben mit keinen Strafen zu rechnen, wie es aussieht, und halten nach Belieben den Mund. (11 G1)

Beispielhafte Antworten auf: „Kannst Du (in höchstens drei Sätzen) sagen, um was es gegenwärtig in der CDU geht?“

Eine Aussage wird in der Regel dann als „verständlich“ empfunden, wenn sich in ihr die Absicht, verstanden werden zu wollen, zwanglos mitteilt. Die in verständigungsorientierten Äußerungen implizit erhobenen Geltungsansprüche, nämlich verständlich, aufrichtig, wahr und ethisch – also aus der Perspektive des Zusammenlebens – begründbar zu sein<sup>4</sup>, bilden so etwas wie die ständige Reproduktion des Horizonts kollektiver Wahrnehmung und Deutung. Verständlichkeit und Aufrichtigkeit der Äußerungen stehen, wie die beispielhaften Antworten zeigen, nicht in Frage; auch im Gesamtbestand der Antworten gibt es nur wenige unscharfe Stellen, an denen Verständlichkeit oder Aufrichtigkeit bezweifelt werden könnten (wenn man nicht einen generellen methodischen Zweifel gegenüber Befragungen in Anwesenheit des Lehrers erheben will). Jedenfalls deutet nichts darauf hin, daß die Heranwachsenden (oder einzelne von ihnen) hier nicht sagen, was sie meinen.

Interessanter und ergiebiger ist die Diskussion unter den Gesichtspunkten der „Wahrheit“ und „Richtigkeit“, denn hier stehen Informationsstand und Informationsgebrauch sowie der Umgang mit Deutungsmustern und normativen Gesichtspunkten zur Debatte. Also: Was wissen die Jugendlichen über die Affäre, was ist an Informationen vorhanden, wie gehen sie damit um? So leicht sich diese Fragen stellen lassen, so kompliziert ist es, sie zu beantworten. Denn zur Eigenart dieser Affäre gehören ja die Verdunkelung und der gezielte Versuch, das Verschweigen der Wahrheit – trotz gesetzlicher Veröffentlichungspflicht – als ehrenvoll auszugeben. Mit anderen Worten: was „wahr“ ist, soll nach dem Willen wesentlicher Beteiligter mit partiellem Informationsmonopol gerade nicht erkennbar werden und was ethisch „richtig“ ist, soll sich nach der Auffassung zumindest der Zentralfigur, Bundeskanzler a.D. Kohl, nicht im Licht von Verfassung und Verfahrensregeln, von demokratischer und rechtsstaatlicher Legitimität und Legalität, entscheiden, sondern im – vordemokratisch – abgedunkelten Raum persönlicher Treueverhältnisse und Ehrenworte. Diese demonstrative Verweigerung der zentralen Voraussetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – daß nämlich Wahrheits- und Wahrhaftigkeitsansprüche in öffentlichen Angelegenheiten zwar ver-

letzt, aber nicht für irrelevant erklärt werden können (etwa indem der öffentliche Charakter dieser Angelegenheit einfach in die Privatheit des Ehrenworts überführt wird) – schafft für das Publikum, die Gesamtheit der Bürger, eine Lage, in der es auf Vermutungen nicht nur angewiesen, sondern zu Mutmaßungen und kritischer Nachfrage im Interesse seiner demokratischen Rechte geradezu verpflichtet ist.

Daraus ergibt sich zwingend, daß Äußerungen über die Affäre nicht Wahrheitsmaßstäben unterworfen werden können, die ein Teil der Akteure für sich außer Kraft gesetzt hat. Wenn nur geäußert werden dürfte, was als „wahr“ beweisbar und letztlich justizfest wäre, würde das auf ein Rede- und Diskussionsverbot für die Öffentlichkeit hinauslaufen. „Wahrheit“ im Sinne von sachlicher Beweisbarkeit und sprachlicher Korrektheit zum Maßstab von Äußerungen über die Affäre zu machen, wäre hier daher nicht nur an etlichen Punkten undurchführbar, sondern auch im Sinne politischer Bildung kontraproduktiv. Sollte man die Äußerung: „Sie haben von elf Schmiergelder genommen“ (Beispiel 4.2) für fehlinformiert halten, weil eine naheliegende Interpolation als Feststellung, nicht als Vermutung formuliert ist? Zwar ist erstaunlich, in welchem Umfang die Heranwachsenden sich als resistent gegenüber der durch die Akteure selbst produzierten Abschleifung der Unterscheidung zwischen „wirklich“ und „möglich“ erweisen und sich modal korrekt ausdrücken (wie 4.3 der Antwortbeispiele) oder mit Tatsachen und Problemstellungen vorsichtig deskriptiv umgehen (wie 4.4), aber das macht andere, sprachlich inkorrekte Äußerungen keineswegs „unwahr“. Angesichts der beschriebenen Eigengesetzlichkeiten der Affäre sind Unschärfen, Ambivalenzen oder ungedeckte Behauptungen schlechterdings nicht dem sich äußernden Publikum, Heranwachsenden gar, zuzurechnen.

Daher kann wegen der durch die Akteure selbst erzeugten und aufrechterhaltenen Unschärfe der Gegenstände für Äußerungen des Publikums nur ein Wahrheitsanspruch gelten, dessen Maßstab die strukturelle Logik des Vorgangs selbst bildet. Z.B. sprechen nicht wenige der Jugendlichen von „Steuerhinterziehung“ oder „Unterschlagung“ in einem durch die bisher bekannten Tatsachen nicht gedeckten Sinn, wie in folgender Äußerung aus der 9 R: „Es geht darum, daß Geld unterschlagen wurde. Dieses Geld wurde ins Ausland gebracht.“ Auch wenn diese Äußerung im Sinne begrifflicher Korrektheit „falsch“ ist, entspricht sie doch vollständig der Logik von Vorgängen, in denen systematisch Herkunft, Bestand und Verwendung von Geldern verdunkelt und unkontrollierbar gemacht werden. In diesem, der Logik des Vorgangs entsprechenden Sinn, sind die Äußerungen der Heranwachsenden durchgehend „verständlich“.

Dieser Befund enthält Hinweise auf Chancen und Aufgaben politischen Lernens:

1. Auch die vermutlich durchweg eher beiläufige Aufnahme von politischen Informationen erzeugt offenbar – jedenfalls in Fällen intensiver Berichterstattung – einen reformulierbaren Bestand an Informationen. Die befragten Jugendlichen sind durchgehend in der Lage, mit den Informationen „etwas anzufangen“, d.h. den Vorgang soweit als eine spezifische Einheit wahrzunehmen, daß eine entwicklungs-fähige, d.h. interpolations-, frage- und hypothesefähige Vorstellung entsteht. Dies gilt auch für die Äußerungen der Gruppe der Hauptschüler.
2. Informationsdichte und –struktur, Verknüpfungsgrad und Erklärungskraft, kurz die „Elaboriertheit“ der Äußerungen variieren zwar erheblich auf einer gedachten Skala zwischen „diffus“ und „differenziert“, unterschreiten aber selten die Schwelle der Anschlußfähigkeit. Mit anderen Worten: Einer Perspektive der Unterrichtsplanung böte sich eine Fülle von Anknüpfungsmöglichkeiten, die Wahrnehmungsweise und Horizonte, Interesse und Fragepotentiale, Sach- und Strukturkenntnisse der Heranwachsenden betreffen und an denen sich Erweiterungsmöglichkeiten und Lernchancen abschätzen ließen. Daß die Befragung selbst und ihre Auswertung in

einem transparenten und von der Gruppe mitgestalteten Planungs- und Lernprozeß eingehen kann, versteht sich und sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

3. Auch in einer vorsichtigen und einschränkenden Betrachtungsweise sprechen diese Ergebnisse doch deutlich gegen pauschalisierende Unterstellungen von Desinteresse und Begriffslosigkeit. In pauschalisierter, undifferenzierter Form führen solche Annahmen eher dazu, Lernchancen zu übersehen und den in der politischen Bildung sich ausbreitenden Reduktionismus zu verstärken.

### 3. Bewertung und Erwartung

„Hältst Du die Vorgänge um die Gelder der CDU für wichtig – weniger wichtig – unwichtig?“

„Was, glaubst Du, könnte in der Angelegenheit der CDU-Gelder noch zu Tage kommen?“

Den weitgehend unaufgeregten, kühlen Äußerungen zu den ersten beiden Fragen scheint der nun erhobene Befund zu widersprechen: 85 von 124 Antwortenden, also 68,5%, halten die Vorgänge für „wichtig“. Die Begründungen, die für 63 der 85 Antworten gegeben wurden, lassen sich nach dem in ihnen vorherrschenden Motiv vier Typen zuordnen, die durch die Schlüsselbegriffe: „Geld“ („Geld ist immer wichtig“), „Transparenz“ („Weil ich wissen will, was los ist“), „Normen“ („Weil die CDU dadurch gegen GG und Parteiengesetz verstoßen hat“), „Werte“ („Politiker sollen ehrlich sein“) gekennzeichnet werden können.

Tab. 7: Begründungen zu „wichtig“

Typus der Begründung	„Geld“	„Transparenz“	„Normen“	„Werte“
Gesamt 85 „wichtig“ begründet 63	25 38,1%	15 22,2%	6 9,5%	17 27%

Dem Typus „Geld“ sind diejenigen Antworten zugeordnet worden, die die generelle Bedeutung von „Geld“ hervorheben und damit – oft vage – seine Rolle als beherrschendes Medium des gesellschaftlichen und politischen Verkehrs meinen. Darin ist oft auch der Wunsch nach „Transparenz“ eingeschlossen, aber im Unterschied zu den Antworten des „Transparenz-Typus“ bleibt der „Geld-Typus“ am Geld-Motiv hängen, während dort meist recht explizit ein generelles Recht der Bürger auf Transparenz und Bescheidwissen formuliert wird. Dem Typus „Normen“ wurden Antworten zugeordnet, die sich ausdrücklich auf Rechtsnormen (GG und Parteiengesetz) beziehen. Unter den Typus „Werte“ fallen diejenigen Antworten, die für Politik subjektive Werthaltungen („Ehrlichkeit“) oder Wert-sphären („Vertrauen“) fordern oder deren Negationen oder Gefährdungen benennen.

Auch wenn wegen der nicht großen Zahl der Fälle Vorsicht geboten ist, kann doch auf einige Konstellationen hingewiesen werden:

1. Am schwächsten ist derjenige Begründungstypus besetzt, der ein spezifisches, in diesem Fall auf Rechtsnormen bezogenes Wissen voraussetzt. Solches Wissen kann durch aufmerksame Rezeption medialer Berichterstattung oder durch Unterricht erworben sein.
2. Demgegenüber sind die Begründungen des Typus „Geld“ eher unbestimmt und unspezifisch. Sie reflektieren häufig einen Kenntnisstand von der Art: „Hier ist etwas Unsauberes mit Geld gelaufen“. Er bildet das am häufigsten angewendete Begründungsmuster. Auch wo dies mangels Alternative geschehen sein mag, muß immerhin

das Vertrauen vorliegen, daß ein bloßer Hinweis auf „Geld“ etwas als „wichtig“ begründen kann.

3. Die Begründungstypen „Transparenz“ und „Werte“ implizieren Funktionsvoraussetzungen partizipativer Politik und repräsentativer Demokratie. Sie unterscheiden sich aber darin, *wo* sie das für demokratische Mandatierung unerläßliche Vertrauen entstehen lassen: ob in der Transparenz der Verfahren (*Durch das Geld sind vielleicht wichtige politische Entscheidungen manipuliert worden* (11G)), in verlässlicher Wechselseitigkeit (*Wenn man eine Partei wählt, dann vertraut man ihr, und ich finde daher, daß diese Partei einem auch vertrauen sollte und ehrlich sein sollte* (9 G)) oder in der Tugendhaftigkeit der Personen (*Dadurch wird das Vertrauen in Politiker und unsere Staatsform geschwächt* (11 G)).

Insgesamt ist bemerkenswert, daß die Begründungen der Jugendlichen, die die Vorgänge für „wichtig“ halten, anzeigen, daß sie durch den Parteispenskandal elementare Verhaltensformen und Funktionsvoraussetzungen von bürgerlicher Gesellschaft und Demokratie verletzt sehen. Auch in den weniger artikulierten Bemerkungen drückt sich deutlich eine Ahnung davon aus, daß überindividuelle Zusammenhänge jeglicher Art nur durch Transparenz und wechselseitige Regeltreue aufrecht erhalten werden können. Von dieser im Ansatz prinzipiellen und in diesem Sinn radikalen Kritik scheinen aber keine emotionalen Impulse oder Handlungsanstöße auszugehen. Das ist um so überraschender, als eine massive Mehrheit eine Fortsetzung und Vertiefung der Krise erwartet. Nur 6,8% der Antwortenden gehen davon aus, daß das, was (am 24.1.2000) bekannt ist, bereits die ganze Wahrheit ist.<sup>5</sup>

#### 4. Veränderungsimpulse und Handlungsbereitschaft

„Verändern diese Vorgänge Dein Interesse an Politik?“ (a)

„Würdest Du am nächsten Sonntag wählen?“ (b)

„Findest Du, daß die Bürger genügend Einfluß auf die Politik haben?“ (c)

a) Wenn der Wahrnehmungshorizont so deutlich kritisch und der Erwartungshorizont pessimistisch eingefärbt sind, liegt es nahe, Veränderungsimpulse für politische Haltung und Handlungsbereitschaft zu vermuten. Die Befragung hat – auf eine vielleicht zu zurückhaltende Weise – dem in drei Fragen nachgehen wollen, indem sie nach der Veränderung des Interesses an Politik, der Bereitschaft, zur Wahl zu gehen und nach der Angemessenheit des Einflusses der Bürger auf Politik fragte.

Mehr als die Hälfte der Befragten (52,8%) schätzt ihr Interesse an Politik als unverändert ein; 13,6% meinen jetzt weniger oder deutlich weniger Interesse zu haben, während ein Drittel (33,6%) sich als „mehr“ oder „deutlich mehr“ interessiert erklärt. Der Anteil der Gruppe, die jetzt interessierter ist, nimmt übrigens mit dem Alter kontinuierlich und deutlich zu, von 16,6% unter den 14jährigen auf 47,6% unter den 17jährigen.

Tab. 8: Veränderungen des Interesses an Politik

Interessiere mich	Insgesamt	
deutlich mehr/mehr	41	32,8%
ebensoviel/ebensowenig	66	52,8%
weniger/deutlich weniger	18	14,4%
	125	100 %

Die Voten für „weniger/deutlich weniger“ sind ganz überwiegend weiblich (14 von 18). Allerdings stammen zwei Drittel davon (9 v. 14) aus einer Klasse. Mehr als die Hälfte der Mädchen der 9. Realschulklasse bekunden einen Verlust an Interesse, während die Jungen – bis auf einen – sich als gleichbleibend und stärker interessiert erklären.

Es ist nicht leicht, die im Gesamtergebnis hier angezeigte Steigerung des Interesses an Politik zu beurteilen. Der Aussage: „Jeder dritte Jugendliche interessiert sich jetzt mehr für Politik“ wäre die ebenso zutreffende Aussage entgegenzustellen: „Mehr als die Hälfte der Jugendlichen fühlt sich durch die Affäre nicht berührt“. Auch bieten die Ergebnisse der Befragung keinen Anhaltspunkt, aus dem sich etwas hinsichtlich der Nachhaltigkeit des gesteigerten Interesses ergäbe.

b)

Tab. 9: Wahlbereitschaft

Wahlbereitschaft	Anzahl	%
Jetzt erst recht	30	24,2
grundsätzlich wählen	56	45,2
sonst ja, jetzt nicht	18	14,5
sowieso nicht	20	16,1
	124	100

Die angebotenen Alternativen zum (vorgestellten) Wahlverhalten sollten auf einer Entscheidungsebene erklärte Nichtwähler (16,1%) und im Prinzip Wahlbereite (83,9%) unterscheiden. Dieses Ergebnis weist auf eine gegenüber den in den letzten Jahren üblichen Wahlbeteiligungen erhöhte Wahlbereitschaft hin. Zugleich sollten situative Entscheidungseffekte erfaßt werden, also Anhaltspunkte dafür gewonnen werden, ob eine weithin als Krise des Parteiensystems empfundene politische Affäre die Entscheidung über eine Teilnahme an der Wahl zuspitzt. Grundsätzlich, d.h. unabhängig von situativen Umständen, wollen danach 45,2% der Befragten wählen; unter den gegebenen Umständen erst recht wollten 24,2%, sonst ja, aber jetzt nicht wollten 14,5% wählen. Knapp 39% würden also aus der Spendenaffäre positive oder negative Konsequenzen für ihre Wahlbereitschaft ziehen, keine geringe Quote, die als ein Hinweis darauf gewertet werden könnte, daß die Affäre als außeralltäglich und entscheidungsfördernd empfunden wird.

c) Auf den ersten Blick stehen zu diesen Ergebnissen, die aus der Perspektive der Heranwachsenden die Bedeutung der Wahl deutlich unterstreichen (durchaus ausgeprägte Bereitschaft, in der Wahl eine Möglichkeit staatsbürgerlichen Reagierens zu sehen) die Antworten in einem gewissen Widerspruch, die die Bitte hervorbrachte, den Einfluß der Bürger auf die Politik einzuschätzen. Auf die Frage: „Findest du, daß die Bürger genügend Einfluß auf die Politik haben?“ fanden 1,6% den Einfluß „zu groß“, 23,4% „gerade richtig“, aber 75,0%, also drei Viertel der Befragten hielten den Einfluß der Bürger auf die Politik für „zu gering“.

Es ist dabei bemerkenswert, daß sich mehr als die Hälfte der Voten für „gerade richtig“ in den Klassen 8 H und 9 R finden (15 v. 28), während in den gymnasialen Klassen die Zustimmung zu „zu gering“ mit 80,2% (69 von 86) noch stärker ausfällt als im schon sehr hohen Gesamtergebnis (75,0%). Die pessimistische Einschätzung des Bürgereinflusses schlägt jedoch auf die Haltung gegenüber dem de facto einzigen Instrument dieses Einflusses kaum durch. Das Votum für „grundsätzlich wählen“ ist in der Gruppe derer, die den Bürgereinfluß für „zu gering“ halten, nur wenig schwächer als im Durchschnitt (41,9% zu 44,7%). Offenkundig führt der Eindruck, daß über Wah-

len Bürgereinfluß nicht *angemessen* ausgeübt werden kann, nicht zu einer Ablehnung von Wahlen. Es wäre aus der Perspektive dessen, der seinen Einfluß für zu gering hält, ja auch nicht logisch, das einzige, wenn auch nicht ausreichende Instrument dieses Einflusses aus der Hand zu geben. So betrachtet wäre der scheinbare Widerspruch zwischen hoher Wahlbereitschaft und massiver Konstatierung zu geringen Einflusses ein weiterer deutlicher Beleg für die im Grundzug nicht-emotionale, nüchterne, eher kalkulatorische Wahrnehmungsweise von Politik, die sich auch an anderer Stelle dieser Befragung erschließen ließ. Aber selbst wenn man dieser kühl-distanzierten Betrachtungsweise eine große Ambiguitätstoleranz zuschreibt, ändert das ja nichts daran, daß die Diskrepanz zwischen fast einhelliger Unzufriedenheit mit den gegebenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten und nirgendwo aufscheinenden Handlungsoptionen krass ist und eine Leerstelle bildet, von der nicht zu sagen ist, ob sie sich durch Politisierungen füllen oder in nicht mehr erreichbare Gleichgültigkeit auflösen wird.

Mit einiger Eindeutigkeit aber zeigt dieser Befund an, daß die Befragten deutlich einen Mangel an politischer Partizipation, folglich ein Bedürfnis nach deren Erweiterung empfinden. Im Faktum des massiven Votums gegen einen zu geringen Einfluß der Bürger liegt ein deutlicher Hinweis an die mit politischer Bildung Befassten, ein von der Jugendforschung regelmäßig als progredierend verkündetes Desinteresse an Politik nicht derart als rundum vollzogen mißzuverstehen, daß daraus zwangsläufig die Ersetzung inhalts- und problembezogener Arbeit durch beliebige Beschäftigungen folgt.

## Zusammenfassung und Folgerungen

1. Das in meinen Augen wichtigste Ergebnis dieser „Momentaufnahme“ besteht in einer nachhaltigen Warnung. Sie gilt der Überzeichnung von Ergebnissen der Jugendforschung in nicht mehr hinterfragten Topoi öffentlicher und fachlicher Diskurse („Politikverdrossenheit“, „Desinteresse an Politik“), die wahrnehmungsblind machen und – wo sie politikdidaktische Entscheidungen legitimieren – erst das hervorbringen und verstärken können, worauf sie zu reagieren vorgeben. Wenn eine Überzeichnung von Desinteresse überschießende, oft infantilisierende Reduktion nach sich zieht und politische Bildung auf die Vermittlung unspezifischer – oft banaler – Methoden reduziert wird, werden hochrelevante Lernchancen ausgeblendet. Wie die hier vorgestellte „Momentaufnahme“ zeigt, haben die befragten 13- bis 18jährigen Jugendlichen einschließlich der Hauptschüler sehr wohl ein frage- und hypotesefähiges Bild des politischen Vorgangs, an das politisches Lernen erfolgreich anschließen kann. Von der Unterschätzung des Bedürfnisses der Heranwachsenden, sich ein Bild von den Dingen zu machen, und von der Diskreditierung angeblich „bloß“ kognitiven Lernens sollte politische Bildung sich verabschieden. Vieles spricht dafür, daß heutige Jugendliche mehr wissen wollen, als kognitiv restringierte Vorstellungen von Bildung ihnen zugestehen wollen.
2. Die Bewertung der Spendenaffäre und die Folgerungen, die die Jugendlichen ziehen, sind durch bemerkenswerte, möglicherweise aufschlußreiche Dissonanzen geprägt. Die große Mehrheit der Befragten ordnet die Spendenaffäre auf der Skala der Wichtigkeit ganz oben ein, und die Begründungstypen, die sich herauschälen, kreisen, trotz der deutlichen Unterschiede in Prägnanz und Sachnähe, doch alle um die Vorstellung, daß überindividuelle Zusammenhänge nur durch Transparenz und wechselseitige Regeltreue aufrechterhalten werden können. Obwohl die Spendenaffäre in ihrem Kern als eine massive Verletzung dieser zentralen Regel politischen

und bürgerlichen Zusammenlebens gesehen wird und damit auch als Krise der eigenen Lebensbedingungen erfahren werden könnte, bleiben die Reaktionen darauf verhalten und bemerkenswert unproportional. Spuren von Ärger, Wut oder Protest zeigen sich kaum; jedoch bleibt die Wahlbereitschaft ausgeprägt, auch wenn drei Viertel der Befragten den Einfluß der Bürger auf die Politik für zu gering halten. Die bemerkenswerte Dissonanz zwischen Wahrnehmung und Folgerung könnte, wie mir scheint, grundsätzlich auf zweierlei Weise interpretiert werden: erstens nach dem Modell des interessierten, aber nicht verwickelten Zuschauers, der Interesse an der Plausibilität der Story oder der Moral der Beteiligten hat und im Vertrauen darauf, daß nie das Kino brennt, nicht daran denkt, die Zuschauerposition zu verlassen: zweitens nach einem Frustrationsmodell, nach welchem die vorhandene Kritik an Politik und die unerfüllten Partizipationswünsche als Frustrationen registriert würden, die irgendwann durch den berühmten Tropfen in Handlungsbereitschaft nicht absehbarer Art umschlagen oder in Gleichgültigkeit münden können.

3. Angesichts des widersprüchlichen Befundes, nach welchem eine Krise der politischen Verkehrsformen wie die Spendenaffäre den Befragten keineswegs gleichgültig, ebensowenig aber Anlaß zu eigener (auch nur gedachter) Aktivität ist, führt die Frage, ob Krisen politisieren oder welche Bedeutung äußere Ereignisse für politische Einstellungen Heranwachsender haben, eher zu neuen Fragen. Gemessen am Topos politischen Desinteresses fällt, wie beschrieben, die Antwort in der Wahrnehmungsdimension ganz anders aus als in der Handlungsdimension.

Die in der Einleitung entwickelte Vermutung, daß die politischen Krisen der sechziger Jahre unter den Jugendlichen deshalb das Bedürfnis eigener politischer Gestaltung hervorriefen, weil sie als Krisen und Delegitimierungen der Weltordnung der Erwachsenen wahrgenommen wurden, behält jedenfalls ihren Stachel für die Gegenwart. Anzeichen für solche Delegitimierungsprozesse gibt es genügend; einen von ihnen, die Arbeitslosigkeit, rückt die Shell-Studie in den Mittelpunkt ihrer Auswertung jugendlicher Einstellungen. Was aber werden wird, bleibt so offen wie je und der Jugendforschung wird deshalb auch kaum erspart bleiben, die Geschichte ihrer Fehlprognosen fortzuschreiben.

## Anmerkungen

- 1 Arthur Fischer: Sozialwissenschaft und Jugendforschung. In: Heiner Timmermann/Eva Wesela (Hrsg.): Jugendforschung in Deutschland. Eine Zwischenbilanz. Opladen 1999. S. 11
- 2 ebd. S. 19
- 3 Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie. Opladen 2000. Bd. 1, S. 12
- 4 Der Begründung kommunikativer und moralischer Geltung hat sich Jürgen Habermas an vielen Stellen seines Werks gewidmet. Zuletzt: Richtigkeit versus Wahrheit. Zum Sinn der Sollgeltung moralischer Urteile und Normen. In: J. Habermas: Wahrheit und Rechtfertigung. Frankfurt 1999. S. 271-318
- 5 Die Befragten konnten sich entweder über „weiß nicht“/„interessiert mich nicht“ aus der Beantwortung der Frage („Was, glaubst Du, könnte in der Angelegenheit der CDU-Gelder noch zu Tage kommen?“) ausklinken (was 19% tun) oder zwischen „nichts“ und vier Erwartungen der Fortsetzung (Mehrfachnennungen möglich) entscheiden. Nur 7 der verbleibenden 103 Antworten (6,8%) votieren für nichts, die anderen bedenken in durchweg hoher, wenn auch etwas schwankender Frequenz die Fortsetzungsmöglichkeiten.

<b>Befragung 24.1.2000</b>	
Alter:	männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/>
1. Was fällt dir zum Thema „Geld und Politik „ ein?	Notiere höchstens 5 Stichworte: 1. 2. 3. 4. 5.
2. Kannst du (in höchstens 3 Sätzen) sagen, um was es gegenwärtig in der CDU geht?	
3. Hältst du die Vorgänge um die Gelder der CDU für	wichtig <input type="checkbox"/> weniger wichtig <input type="checkbox"/> unwichtig <input type="checkbox"/> Kurze Begründung:
4. Verändern diese Vorgänge dein Interesse an Politik?	Politik interessiert mich jetzt deutlich mehr <input type="checkbox"/> mehr <input type="checkbox"/> ebenso viel/ ebenso wenig <input type="checkbox"/> weniger <input type="checkbox"/> deutlich weniger <input type="checkbox"/>
5. Was, glaubst du, könnte in der Angelegenheit der CDU-Gelder noch zu Tage kommen? Beantworte entweder a) oder b)	b) mehrere Nennungen möglich nichts <input type="checkbox"/> noch mehr schwarze Kassen <input type="checkbox"/> Namen von bisher nicht genannten Spendern <input type="checkbox"/> Fälle von Bestechung <input type="checkbox"/> Fälle von persönlicher Bereicherung <input type="checkbox"/>
a) weiß nicht <input type="checkbox"/> interessiert mich nicht <input type="checkbox"/>	
6. Stell dir vor, du könntest schon wählen und nächsten Sonntag wäre eine Bundestagswahl.	Würdest du dir sagen: Jetzt erst recht wählen <input type="checkbox"/> Ich gehe grundsätzlich zur Wahl <input type="checkbox"/> Normalerweise würde ich ja wählen, jetzt aber nicht <input type="checkbox"/> Wahlen interessieren mich sowieso nicht <input type="checkbox"/>
7. Findest du, daß die Bürger genügend Einfluß auf die Politik haben?	Der Einfluß der Bürger auf die Politik ist zu groß <input type="checkbox"/> gerade richtig <input type="checkbox"/> zu gering <input type="checkbox"/>